

Von der Kooperation zur Fusion

Der Weg zur „Neuen Linken“

Überlegungen von Hans Decruppe, © Oktober 2005

Die Präsentation wurde geschrieben für die politische Diskussion im WASG Kreisverband Rhein-Erft in Vorbereitung der 1. ordentlichen Kreismitgliederversammlung am 10.12.05 und zur Begründung des Antrags „Zusammengehen von WASG und Linkspartei.PDS“.

Sie gibt die Sicht wieder, die der Autor in den Diskussionen im Kreisverband und als Direktkandidat der Linkspartei im Wahlkreis 92 (Erftkreis I) in Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS gewann.

Kritische Anmerkungen, Vorschläge für inhaltliche Ergänzungen oder Änderungen und zur Verbesserung der Visualisierung sind ausdrücklich erwünscht.

© Hans Decruppe, Kerpen; alle Rechte vorbehalten.

Die Zustimmung zur unveränderten Weitergabe dieser Fassung als Diskussionsgrundlage in der WASG und der Linken ist erteilt.

Zum Autor: politisch s. die Website <http://www.hans-decruppe.de/>
beruflich s. die Website <http://www.ra-decruppe.de/>.

Gliederung

- I. Kurze Einschätzung vorweg
- II. Welche Alternativen eines Fusionsprozesses bestehen?
Historische Beispiele
- III. WASG und Linkspartei.PDS – Kurzanalyse:
Inhalte – Organisation – Mitgliedschaft und Fusion
- IV. Drei Prinzipien für eine Fusion
- V. Vorschlag für eine Fusion in drei Phasen
Informelle Kooperation – formelle Kooperation –
Parteineugründung
- VI. Woran im Fusionsprozess noch gedacht werden sollte

Teil I

Kurze Einschätzung vorweg

Einschätzung 1

- Das „Ob“ der Zusammenarbeit zwischen WASG und Linkspartei.PDS ist entschieden.
- Der erste Gedanke ist meistens richtig:
Zwei konkurrierende linke Parteien machen keinen Sinn – eine gemeinsame Linke dagegen viel.
- Die Bundestagswahl 2005 – das Wahlergebnis für die Linkspartei.PDS hat es bestätigt:
 - Es gibt einen Bedarf an linker Politik.
 - Es gibt ein beachtliches Wählerpotential für eine linke Partei.
 - Es gibt ein Mitgliederpotential für eine linke Partei.
- Die Beendigung des begonnenen Kooperationsprozesses ist nur bei Strafe der politischen Bedeutungslosigkeit von WASG und Linkspartei.PDS möglich.

Das „Ob“ ist nicht formal (durch Abstimmung) entschieden sondern m.E. historisch durch die politische Entwicklung:

- Das Antreten der WASG zur Landtagswahl NRW am 22. Mai 2005 und das Wahlergebnis von 2,2 % aus dem Stand.
- Oskar Lafontaines Aufruf zur Zusammenarbeit zwischen WASG und PDS und seine Bereitschaft für eine gemeinsame Liste zur BTW antreten zu wollen.
- Die Bereitschaft der PDS, sich in Linkspartei umzubenennen und führende Mitglieder der WASG an prominenter Stelle auf die Landeslisten zu setzen.
- Die Erfahrungen im Bundestagswahlkampf und das Wahlergebnis vom 18.09.2005.
- Die Bildung einer Bundestagsfraktion mit WASG-Mitgliedern, u.a. auch in der Fraktionsführung.
- Das entstandene Bild bzw. die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die schon einen politischen Zusammenschluss unterstellt.

Einschätzung 2

- Das „Wie“ der Zusammenarbeit, des Kooperations- und des Fusionsprozesses ist offen und/aber entscheidend dafür, **ob und welche Perspektiven eine gemeinsame linke Partei in Deutschland haben wird.**

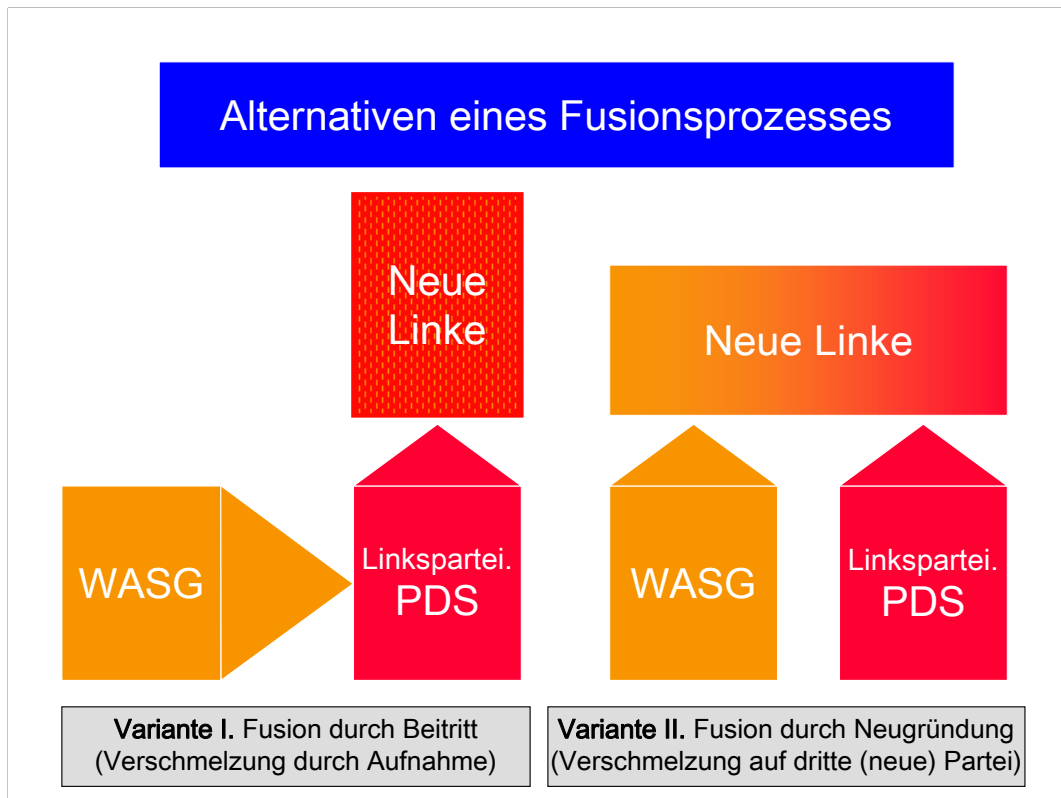
Viele WASG-Mitglieder, gleich ob sie der Fusion positiv oder kritisch gegenüberstehen, können sich nur schwer vorstellen, „**wie**“ der Fusionsprozess verlaufen soll (könnte/müsste etc.). Dies beschränkt die Breite wie die Qualität der Diskussion und bildet die Grundlage für abstruse Vorstellungen, politische Unterstellungen und damit Angriffsflächen für gezielte Obstruktion.

Die Präsentation versucht, den möglichen Prozess und die zu berücksichtigenden Aspekte zu visualisieren. Damit soll eine Grundlage für sachliche Diskussionen geschaffen werden, die eine kritische Abwägung aller Antworten auf die sich stellenden Fragen ermöglicht.

Teil II

Welche Alternativen eines Partei-
Fusionsprozesses bestehen?

Historische Beispiele



Es gibt nur diese beiden Alternativen eines Fusionsprozesses.

Historische Beispiele für Fusionen politischer Vereinigungen

1974 Vereinigung der KDV-/Friedensorganisationen DFG/IDK und VK zur DFG-VK	➔	Variante II
1993 Vereinigung von Bündnis 90 und Die Grünen	➔	Variante II
2000 Beitritt GTB und ghk zur IG Metall	➔	Variante I
2001 Bildung der Gewerkschaft ver.di aus DAG, ÖTV, hbv, IG Medien und DPG	➔	Variante II

Weitere Beispiele und Erfahrungen wären hilfreich.

Teil III

WASG und Linkspartei.PDS Kurzanalyse

- Inhalte
- Organisation
- Mitgliedschaft und Fusion

Analyse 1 - Inhalte

- **Programmatik:**
 - ⇒ große Übereinstimmung/Schnittmenge bei politischen Werten
 - ⇒ strittig: gesellschaftliche Perspektiven
 - ⇒ Problem: Breite von dogmatischen über theoretisch fundierte bis unausgegrenzte Politikverständnisse
- **Realpolitik:**
 - ⇒ weitreichende Schnittmengen
 - ⇒ äußerst unterschiedliche Erfahrungswelten
 - ⇒ Problem: Breite von Anpassung an Verhältnisse bis Gestaltungsverweigerung

Strittig insbesondere:

- Ist Ziel der neuen Partei die (soziale) Gestaltung des Kapitalismus, die Umgestaltung oder die Überwindung der kapitalistischen Ordnung?
- Ist Regierungsbeteiligung und –verantwortung zu übernehmen bzw. anzustreben?
- Welches Verhältnis soll die neue Partei zu sozialen und außerparlamentarischen Bewegungen haben?

Die große Schnittmenge in Wertefragen – als **linkes Selbstverständnis** und **Profil der Partei** – wie:

Bekennnis zu Menschen- und Freiheitsrechten, Solidarität (Mitmenschlichkeit), soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Ablehnung von Militär- und Kriegspolitik, Schutz der Umwelt, Verteidigung und Ausbau von Demokratie, individuelle Emanzipation und emanzipatorische Entwicklung der Gesellschaft

bildet eine inhaltliche Grundlage für eine Grundsatz- oder Prinzipienklärung, zu der sich alle Mitglieder der neuen Partei bekennen müssen.

Für ein umfassendes Parteiprogramm ist es nach m. A. noch zu früh.

Daneben sollten – realpolitisch – Aktionsprogramme auf den verschiedenen Ebenen treten.

Analyse 2 – Organisation

- **Organisatorische Bedingungen:**
 - ⇒ historisch gewachsene und entwickelte Partei-Organisation mit professionellen Strukturen, Vermögen und Medien einerseits
 - ⇒ unentwickelte Organisation, amateurhafte Strukturen ohne materielle Ausstattung andererseits

Analyse 3 - Mitgliedschaft

- **Einstellung der Mitgliedschaft zum Fusionsprozess**
 - ⇒ große Mehrheiten mit großen Erwartungen
 - ⇒ große Unsicherheiten und tiefsitzende Ängste
 - ⇒ vor dem „Unbekannten“
 - ⇒ vor dem „Überrolltwerden“ durch das Tempo der Entwicklung
 - ⇒ vor Majorisierung durch fremde Mehrheiten
 - ⇒ vor dem „Geschlucktwerden“
 - ⇒ vor Verlust von Eigenständigkeit und Identität, der politischen Heimat und Kultur, Funktionen und persönlicher Wichtigkeit

Große Mehrheiten bedeutet gleichzeitig die Existenz von Minderheiten, die meinen bzw. die Illusion haben:

- Man müsse die andere Seite nicht ernst nehmen (wie die Haltung der PDS zur WASG bis zur LTW NRW am 22.05.05).
- Man könne es als Partei auch allein (bzw. allein besser) schaffen.

Andererseits:

- Die Geringschätzung der Bedeutung von inhaltlichen Differenzen zwischen WASG und Linkspartei.PDS.

Teil IV

Drei Prinzipien für eine Fusion

Prinzipien für eine Fusion I

- Anerkennung der Gleichberechtigung der Fusionspartner
- Respektierung der jeweiligen Identität, d.h.
 - der politisch-historischen,
 - der politisch-kulturellen und
 - der programmatischen Unterschiede der Fusionspartner.

Schließt eine Fusion in Form des Beitritts der einen Partei zu der jeweils anderen Partei prinzipiell aus.

Erfordert paritätisch besetzte Gremien.

Eine Fusion erfordert eine breite Akzeptanz. Wie auch sonst im Leben ist hier nicht nur inhaltliche Übereinstimmung wichtig sondern gerade auch der Stil und der respektvolle Umgang miteinander mitentscheidend, um ein gemeinsames Projekt erfolgreich zu verwirklichen.

Aus WASG-Sicht kann nur eine **Kooperation auf gleicher Augenhöhe** in Betracht kommen. D.h. ein Zusammenschluss ist nur auf der Basis der Fusionsvariante II (s. Folie 7) möglich.

Prinzipien für eine Fusion II

- Die Fusion ist kein einmaliger Akt sondern ein Prozess, der sich nur
 - durch konstruktive Kooperation und
 - kritischen Dialog der Politikkonzepte
 - auf allen Ebenen entwickeln kann.

Erfordert die systematische Organisation der Kooperations- und Dialogprozesse.

Prinzipien für eine Fusion III

- Ein Prozess der sich auf allen Ebenen vollziehen muss - weder
 - von „oben nach unten“ verordnet, noch
 - von „unten nach oben“ heranwachsend.

Dies erfordert: Kooperation muss auf allen Ebenen parallel entwickelt werden, wo Widerstand gegen unsoziale und undemokratische Verhältnisse von Nöten ist und linke Alternativen gefragt sind.

Hier existieren offenkundig **problematische Organisationsverständnisse**:

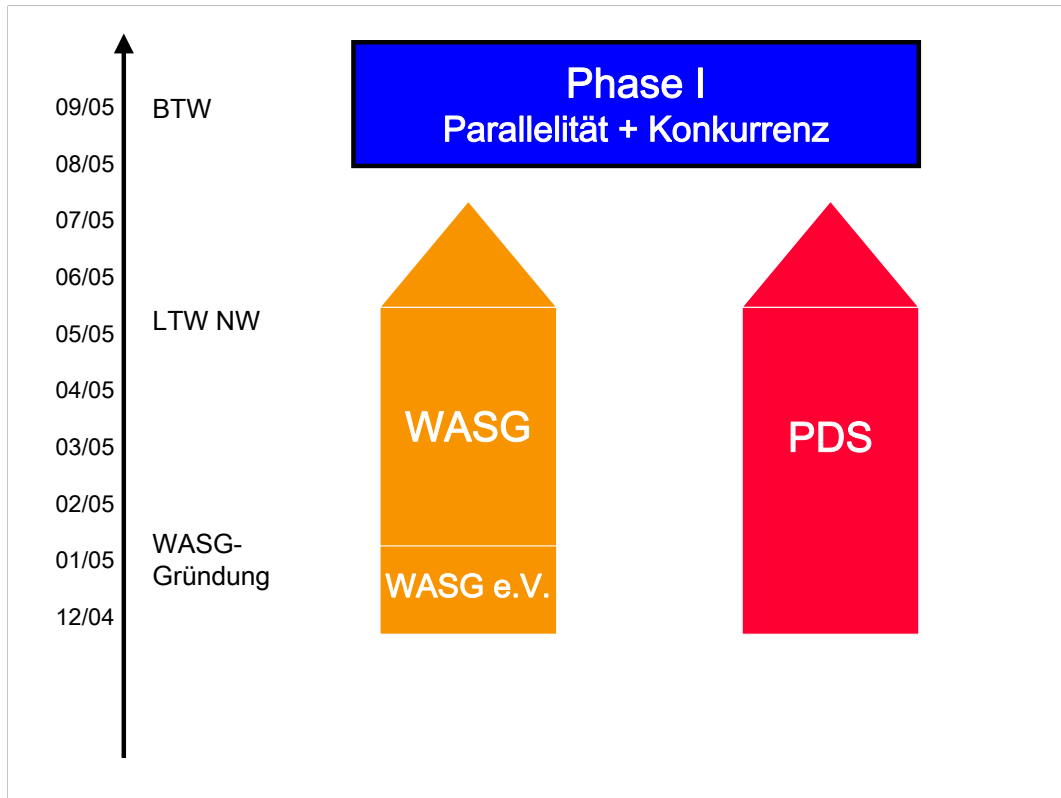
- Bei einigen Teilen (vor allem) der PDS – leider gerade auch in Teilen der Führungskreise der Partei bis lokal hinunter – existiert ein überkommenes zentralistisches (hierarchisches) Organisationsverständnis. Entscheidend für den Prozess seien die Parteivorstände und die Bundestagsfraktion. Der Prozess müsse durch zentrale Lenkungsausschüsse gesteuert werden; Ergebnisse seien lediglich von der Basis zu billigen.
- Bei Teilen der WASG ein naives basisdemokratisches Verständnis, das ein eigenständiges Entwickeln von Fusionskonzepten, politischen Vereinbarungen auf Vorstände-Ebenen als oktroyiert ansieht und ablehnt. Nur Konzepte, die von der „Basis“ entwickelt würden, seien akzeptabel.

Diese Vorstellungen kennzeichnen falsche Gegensätze, bzw. unvollständige Organisationsansätze, die den Fusionsprozess nicht ganzheitlich – als parallelen wie gleichzeitigen Prozess auf den verschiedensten Ebenen - verstehen.

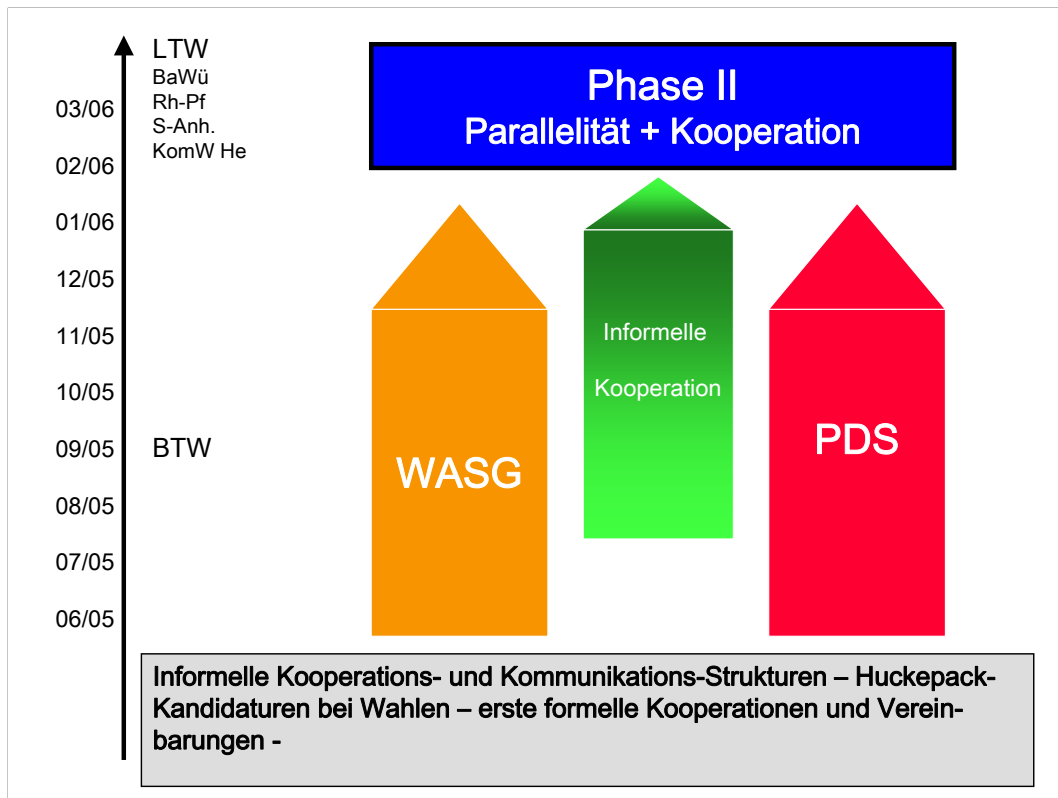
Teil V

Vorschlag für einen Fusionsprozess in drei Phasen

- (Konkurrenz)
- Informelle Kooperation
- Formelle Kooperation
- Parteineugründung



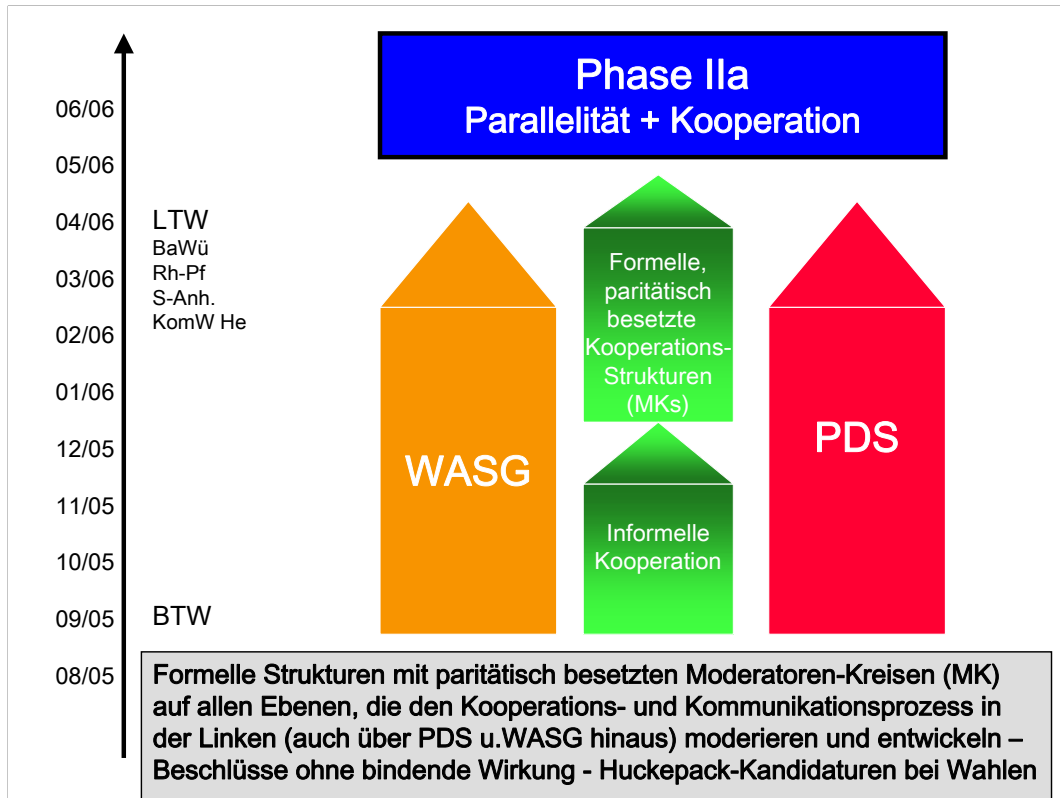
Gelingt es, die Phase der Konkurrenz – insbesondere in Berlin und einigen neuen Bundesländern – bis Anfang 2006 zu überwinden? – Eine Phase der Konkurrenz in 2006 würde den Prozess zwar erheblich behindern, aber nicht verhindern.



Der Erfolg der Phase II hängt insbesondere von einem erfolgreichen Ausgang der Landtagswahlen im Westen in Rheinland-Pfalz ab.

Prinzipien der Phase II

- Informelle Kooperationskontakte und –strukturen
- Wechselseitiges Kennenlernen - Einladungen
- Inhaltlicher Austausch
- Wechselseitige Unterstützung
- „Huckepack-Verfahren“ bei Wahlen
- Basis/Keimzelle für Formelle Kooperationsstrukturen der Phase IIa

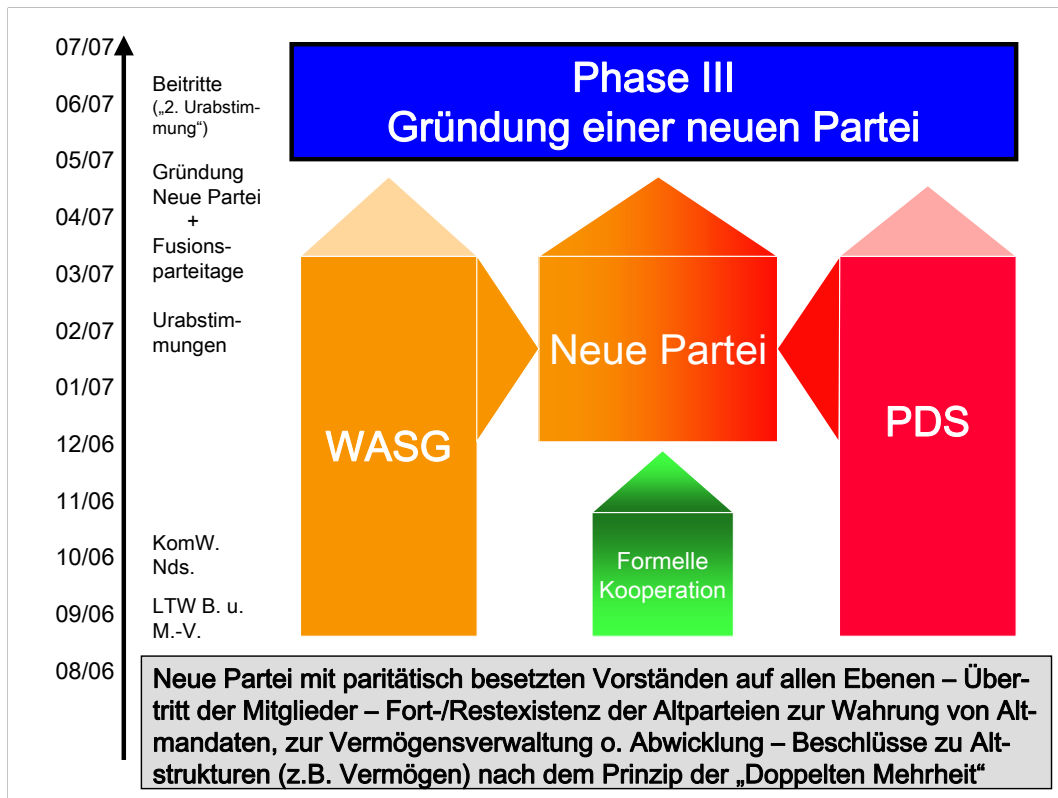


Phase IIa beinhaltet eine neue Qualität der beiderseits organisierten formellen Kooperation.

Prinzipien der Phase IIa

- Formelle Kooperationsstrukturen in Form von ModeratorInnen-Kreisen (MK) auf allen Ebenen (Bund, Land, Kreise, Orte – ggf. Bezirke)
 - * paritätisch besetzt durch höchste Parteiorgane (MV, Parteitage)
 - * Entscheidungen der MK nicht bindend für WASG / PDS - bedürfen der (u.U. formellen) Akzeptanz
- Aufgaben:
 - * Initiierung von Kommunikation („Ratschlägen“, Kommunikations-Organen etc.)
 - * Initiierung von Kooperationsprojekten (Zusammenarbeit, gemeinsamen Aktionen etc.)
 - * Klärung von Konflikten
- Basis/Keimzelle für Partei-Neugründung

Keine zentralistischen „Lenkungsausschüsse“ mit Entscheidungskompetenz für beteiligte Gliederungen der Parteien. WASG und Linkspartei.PDS und ihre jeweiligen Gliederungen/Organe bleiben Herr des Verfahrens.



Phase III dokumentiert zugleich, dass die Bildung der neuen Partei kein „neuer Wein in alten Schläuchen“ ist, sondern eine „**Neue politische Kultur der Linken**“ bedeutet.

Zur **Wahrung von Alt-Mandaten**: Fort-/Rest-/Abwicklungs-Existenz der Alt-Parteien nur für **maximal fünf Jahre** = längste Mandatsdauer in Parlamenten.

Zur **Sicherung des Alt-Vermögens**: Zeitlich entsprechend die Übertragung von Vermögen der Alt-Parteien auf die neue Partei – stets so früh wie juristisch ohne Vermögensverlust möglich; Vorschlag zur Sicherung des Vermögens der Altparteien bis zur Übertragung: Treuhand-Vorstände, d.h. die Vorstandsmitglieder aus den Reihen der jeweiligen Alt-Partei in den neuen Vorständen stellen gleichzeitig den (satzungsgemäßen) Vorstand der jeweiligen fortexistierenden Altpartei (in Anwicklung) und sind für deren Vermögen treuhänderisch verantwortlich.

Prinzipien der Phase III (1)

- Urabstimmungen in Altparteien über Partieneugründung (soweit nach der Satzung erforderlich)
- Beschlussfassung über Partieneugründung auf Parteitag der Altparteien durch Annahme der Gründungsdokumente - Parteiprogramm (z.B. Grundsatzerklärung) und Satzung - mit Satzungsmehrheit
- Konstituierender Gründungsparteitag der „Neuen Linken“
- Vorstände und Wahl-Gremien auf allen Ebenen für die Gründungsphase (2-4 Jahre) paritätisch mit Mitgliedern/Kandidaten-Vorschlägen der Altparteien besetzt
- Beschlüsse in Vorständen/auf Parteitagen etc. dann nach dem Prinzip der „Doppelten Mehrheit“ (Mehrheit im Gremium und Mehrheit unter den Mitgliedern einer betroffenen Altpartei), wenn Strukturen <z.B. Vermögen, bestehende Fraktionen, oder sonstige Rechte etc. > einer Altpartei von der Beschlussfassung betroffen sind

Bezüglich einer Grundsatz bzw. Prinzipienerklärung ist auf Folie 10 zu verweisen.

Prinzipien der Phase III (2)

- Mitgliedschaft
 - * Beitritt zur neuen Partei (= „2. Urabstimmung“)
Wer den Weg nicht mitgehen kann, lässt es sein
 - * Vorübergehende Doppelmitgliedschaft Alt-Partei & Neu-Partei möglich
- Vermögen
 - * Übertragung auf Neu-Partei
 - * Verbleib bei Alt-Partei
je nach rechtlicher (z.B. steuerrechtlicher) und/oder wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit

Zur Übertragung und Sicherung des Vermögens s. Folie 23.

Teil VI.

Woran im Fusionsprozess noch
gedacht werden sollte

Woran im Fusionsprozess noch gedacht werden sollte

- Einbeziehung anderer linker Parteien u. Gruppen, außerparlamentarischer Kräfte, sozialer, demokratischer u.a. Bewegungen in inhaltliche und die Partei-Fusions-Debatten auf allen Ebenen
- Einbeziehung Intellektueller und kultureller Kreise
- Überwindung der Männer- und Alten-Dominanz als politisch-inhaltliche Aufgabe (nicht primär als Quoten- oder Proporzfrage)
- Was noch???